Jon Domenic Parolini, Regierungspräsident, blickt auf eine spannende Zeit im Bildungsbereich des Kantons.

DER BILDUNGS- UND FORSCHUNGSSTANDORT GRAUBÜNDEN: EIN SPANNUNGSFELD ZWISCHEN GLOBALEN TRENDS UND LOKALEN HERAUSFORDERUNGEN

Das Erziehungsdepartement umfasst drei Ämter. Das Amt für Volksschule und Sport, das Amt für Höhere Bildung und das Amt für Berufsbildung. Jedes Amt hat eine andere Ausrichtung und einen anderen Auftrag, aber es gibt auch Gemeinsamkeiten.

Mit Regierungspräsident Jon Domenic Parolini führte Christian Ehrbar das Interview in Zusammenarbeit mit den drei Bildungsämtern.

Vor welchen grossen Herausforderungen steht der Bildungsbereich im Kanton Graubünden?

Im Kanton Graubünden sind ganz unterschiedliche Herausforderungen auf unterschiedlichen Bildungsstufen auszumachen. Allgemein gesagt beschäftigen uns die Inhalte der Bildungsangebote über alle Bildungsstufen und Regionen hinweg sowie die Demografie. Es muss entschieden werden, welche Bildungsangebote verfügbar sein sollen und welche zentral oder dezentral angeboten werden. Dabei kann nicht nur auf finanzielle Aspekte geachtet werden. Es müssen auch die Bedürfnisse des dreisprachigen Kantons und die Wahrung der Chancengerechtigkeit einbezogen werden, um allen Bevölkerungsgruppen in allen Talschaften gleiche Bildungschancen zu ermöglichen.

Der demografische Wandel führt durch stagnierende oder leicht sinkende Geburtenrate zu einer. Die stagnierende oder leicht sinkende Geburtenrate führt zu einer Abnahme der Lernenden und Studierenden, was unterdessen in beinahe allen Branchen einen Fachkräftemangel ausgelöst hat. Dieser Entwicklung ist mit gezielten strategischen Massnahmen zu begegnen, um die Ausbildung und Anwerbung von Fachkräften zu intensivieren und somit deren Bedarf in der Wirtschaft besser decken zu können.

Weshalb erarbeitet der Kanton Graubünden aktuell eine gesamtheitliche Bildungsstrategie aus?

Im Jahr 2016 wurde der Auftrag Felix (Haldenstein) betreffend umfassender bildungspolitischer Strategie unter Einbezug der Wirtschaft im Grossen Rat behandelt. Der Kanton Graubünden arbeitet aktuell an einer gesamtheitlichen Bildungsstrategie, beruhend auf dem damaligen Auftrag Felix, um die verschiedenen Bildungsstufen vom obligatorischen Schulbereich bis zum Tertiärbereich effektiver aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Das Ziel dieser Strategie besteht darin, das Bewusstsein über bestehende Einzelstrategien in den Bildungsämtern zu schärfen, ihre gegenseitigen Verbindungen zu identifizieren und die Umsetzung an gemeinsamen Berührungspunkten und Schnittstellen zu verbessern. Ein wichtiger Aspekt ist der Einbezug der regionalen Wirtschaft und ihrer Bedürfnisse, um die Bildungspolitik mit den wirtschaftlichen Anforderungen des Kantons in Einklang zu bringen. Dadurch sollen gemeinsame Prioritäten und Werte festgelegt werden, die sowohl der Orientierung der Gesellschaft dienen als auch die tägliche Arbeit in den Bildungsämtern unterstützen.

«Die Schule als Spiegelbild der Gesellschaft» – Herr Parolini – stimmt dieser immer wieder zitierte Satz noch? Oder anders gefragt: Wo sehen Sie die Herausforderungen für die Volksschulen der Zukunft?

Die grössten Herausforderungen für die Schulen sind einerseits die Heterogenität und andererseits die durch Megatrends beeinflussten Veränderungen der gesellschaftlichen Ansprüche. Mit Heterogenität meine ich unterschiedliche Erziehungsstile, unterschiedliche Entwicklungsstände treffen auf elterliche Erwartungen und Bildungsansprüche. Und Megatrends sind grosse und länger andauernde Entwicklungen in unserer Gesellschaft. Konkret meine ich damit zum Beispiel den digitalen Wandel, die regional sehr unterschiedliche Demografie in unserem Kanton oder auch Aspekte der physischen und psychischen Gesundheit. In diesem Umfeld muss die Volksschule auch in Zukunft ihre zentrale Funktion erfüllen, nämlich die Kinder und Jugendlichen auf die zukünftigen Anforderungen in ihrer Lebensgestaltung vorzubereiten.

Dieses Spannungsfeld hat das Amt für Volksschule und Sport in seinem Diskussionspapier «Bündner Volksschule 2035 – Aufgaben und Perspektiven» bereits sehr gut aufgearbeitet.

Mit welchen Massnahmen wollen Sie diesen Anforderungen gerecht werden?

Erstens mit einem weiterhin innovativ und professionell gestalteten Unterricht; Stichworte sind hier Methodenvielfalt oder der sinnvolle Einsatz digitaler Hilfsmittel.
Zweitens werden sich die Inhalte und Kompetenzen, die wir in der Volksschule vermitteln, verändern.

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

Der Ort für das Regierungsfoto 2024, passend für den 500. Jahrestags des Zusammenschlusses der Drei Bünde, wurde auf dem Dreibündenstein aufgenommen. Ausgesucht wurde der Ort von Jon Domenic Parolini.

Drittens: Die Schule ist Lern- und Lebensraum zugleich. Dieser Charakter könnte sich in den nächsten Jahren in Richtung Tagesschulen weiterentwickeln. Wichtig ist auch, dass die Volksschule eine Schule für alle bleibt.

Sie haben es eingangs erwähnt, der Megatrend Digitalisierung und die neuen Medien beeinflussen immer mehr alle Lebensbereiche. Wie geht die Volksschule mit diesem Thema um?

Auch in den Volksschulen ist dieser Bereich einem enormen Wandel unterworfen. Die Schulträgerschaften haben ihre Hausaufgaben gemacht, sodass man sagen kann, dass heute praktisch überall die notwendige Infrastruktur vorhanden ist, um Medien gezielt im Unterricht einsetzen zu können. Potenzial gibt es noch bei der Anwendung der Medien, um den Lernprozesse der Schülerinnen und Schüler digital besser unterstützen zu können, beispielsweise in Bezug auf die neuen Sprachmodelle wie ChatGPT. Mittlerweile sind alle Schulen von der Universität bis zur Grundschule damit beschäftigt, geeignete Einsatzformen für diese Sprachmodelle zu suchen und zu definieren.

Das Schulinspektorat des Amtes für Volksschule und Sport evaluiert periodisch alle Volksschulen im Kanton. Welches sind die wichtigsten Ergebnisse dieser Evaluation?

Im aktuellen Evaluationszyklus, der von 2021 bis 2026 dauert, steht die Überprüfung der Umsetzung des Lehrplans 21 im Zentrum.
Neben der Überprüfung der Kompetenzorientierung im Unterricht stehen die neuen Fächer wie «Ethik-Religionen-Gemeinschaft», «Wirtschaft-, Arbeit-, Haushalt» oder «Individualisierung» im Zentrum der Evaluationsarbeiten. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass die neuen Fächer in den Volksschulen mittlerweile gut etabliert sind.

Man kann also sagen, dass mit einem umsetzbaren Lehrplan 21 und einer technisch gut ausgerüsteten Schulinfrastruktur die Weichen gestellt sind. Aber wie sieht es mit dem aktuellen Dauerthema der Lehrpersonenrekrutierung aus? Wie unterstützt der Kanton die Schulträgerschaften in dieser Situation?

Die Verbesserung der Rekrutierungssituation von Lehrpersonen ist – wie die Volksschule insgesamt – eine Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden. Seitens des Kantons unterstützen das Erziehungsdepartement (EKUD), das Amt für Volksschule und Sport (AVS) sowie die Pädagogische Hochschule Graubünden (PHGR) die Schulträger auf vielfältige Weise. So bietet das AVS auf seiner Website eine Stellenplattform an und berät die Schulleitungen regelmässig im Sinne einer Führungsunterstützung. Zudem ermöglicht der Kanton über die PHGR zusätzliche Studiengänge exklusiv in Chur: konkret den Masterstudiengang Sekundarstufe I für Primarlehrpersonen und Personen mit einem Fachhochschulabschluss sowie die neuen Studiengänge Schulische Heilpädagogik (SHP) 2022/23 bis 2027/28. Die Studiengänge werden in den Kantonssprachen angeboten.

Faktoren wie die demografische Entwicklung, bei uns im Kanton konkret der Bevölkerungsrückgang in den peripheren Regionen und die Bevölkerungszunahme in den Zentrumsgemeinden, oder der Trend zur Teilzeitarbeit, der zu einem höheren Personalbedarf führt, kann der Kanton natürlich nicht beeinflussen. Ebenso ist zu beobachten, dass sich Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger aus den Regionen mit Minderheitensprachen nicht in der Peripherie – allenfalls mit Mehrklassenunterricht – bewerben. Vielmehr streben einige eine Anstellung an einer ein- oder zweisprachigen Schule in Graubünden oder in der Deutschschweiz an. Der Mangel an Lehrpersonen in den grossen Nachbarkantonen verstärkt diese Tendenz. Die Schulleitungen haben aber bei der Rekrutierung von Lehrpersonen wichtige Hebel in der Hand, beispielsweise mit der Gestaltung der Klassengrössen, oder der Pensenplanung. Sie sind für die Qualität einer Schule verantwortlich. Schulleitungen sind somit nicht nur für Personalentscheide, sondern auch für das gesamte Schulklima zentral.

DIE VOLKSSCHULE IST EINE VERBUNDSAUFGABE ZWISCHEN GEMEINDEN UND KANTON

Die Vernehmlassungsfrist zur Teilrevision des Schulgesetzes ist abgelaufen – kann die Teilrevision alle Probleme in Bezug auf den Lehrpersonenmangel lösen oder ist sie nur ein Tropfen auf den heissen Stein?

Es ist wichtig zu wissen, welche Akteure welche Aufgaben und Verantwortlichkeiten haben. Wie bereits erwähnt, ist die Volksschule eine Verbundaufgabe zwischen Gemeinden und Kanton. Der Kanton gibt den groben Rahmen vor, die Detailarbeit vor Ort muss – und das ist eine Qualität im Kanton Graubünden – die Schulträgerschaft leisten. So kann sie den überall gleichen Rahmen für den jeweiligen Schulstandort situativ sinnvoll definieren, dies beispielsweise in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Möglichkeiten, der geltenden pädagogischen Haltungen oder einer weitsichtigen Personalplanung, um nur einige zu nennen.

Für den Eintritt in eine Bündner Mittelschule muss eine kantonale Aufnahmeprüfung absolviert und bestanden werden. Die Regierung des Kantons Graubünden hat sich im letzten Jahr klar für die Beibehaltung dieser Aufnahmeprüfung ausgesprochen.

Im Februar 2020 forderten 45 Grossrätinnen und Grossräte die Regierung auf, die Grundlagen für eine prüfungsfreie Aufnahme in die Bündner Mittelschulen zu schaffen. Auf Antrag der Regierung sprach sich der Grosse Rat im August 2020 für eine Abänderung dieses Auftrags aus. Vor einer allfälligen Anpassung des Aufnahmeverfahrens sollte ein wissenschaftliches Gutachten differenziertere Entscheidungsgrundlagen liefern, indem die Vor- und Nachteile von Aufnahmeverfahren mit und ohne Aufnahmeprüfung dargelegt werden.

Die Regierung beauftragte daraufhin den renommierten Bildungsexperten Franz Eberle mit der wissenschaftlichen Untersuchung des kantonalen Aufnahmeverfahrens. Das resultierende Gutachten ergab, dass sich das bestehende Aufnahmeverfahren mit kantonaler Aufnahmeprüfung und Berücksichtigung der Übertrittsnoten (bei einem Übertritt aus der 6. Primarklasse oder der 2. Klasse der Sekundarschule) bewährt hat und den chancengerechten Zugang zu einer Mittelschule ausreichend und keineswegs schlechter als in anderen Kantonen gewährleistet.

Basierend auf diesen Erkenntnissen entschied die Regierung, das bestehende Aufnahmeverfahren beizubehalten. Es sollen jedoch geeignete Massnahmen ergriffen werden, um die Chancengerechtigkeit bei der Prüfungsvorbereitung während der obligatorischen Schulzeit zu verbessern und den Einfluss der Tagesform zu mildern.

Im Sog der sich verändernden Arbeits- und Lebenswelt befindet sich die Bildungslandschaft naturgemäss stets im Wandel. Die jüngst erfolgte Reform der kaufmännischen Grundbildung, die Einführung der Informatikmittelschule oder die laufende Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM) sind Beispiele dafür. Mit welchen Veränderungen ist auf der Sekundarstufe II in Graubündens in naher Zukunft noch zu rechnen?

Zu erwähnen ist hier sicherlich das auf Bundesebene laufende Projekt «Berufsmaturität 2030», welches sicherstellen soll, dass die Berufsmaturität auch in Zukunft ein attraktives Bildungsangebot für leistungswillige und leistungsstarke Lernende darstellt. Im Bereich der Mittelschulen sind die Handelsmittelschulen betroffen, an denen eine schulisch organisierte Grundbildung zur Kauffrau/zum Kaufmann EFZ mit integrierter Berufsmaturität Typ Wirtschaft absolviert werden kann.

Mit den rasant fortschreitenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Veränderungen wandeln sich auch die Ansprüche an unsere Bildungsinstitutionen – denn schliesslich sollen die Absolventinnen und Absolventen aller Bildungseinrichtungen auf der Sekundarstufe II über die nötigen Kompetenzen verfügen, das zukünftige berufliche und gesellschaftliche Leben mitzugestalten und zur Lösung komplexer Herausforderungen und Probleme beizutragen.

Ein Bereich, in dem die Herausforderungen besonders gross sind, ist die Digitalität. Sie durchdringt immer mehr neue Lebens- und Arbeitsbereiche und benötigt besonders ausgebildete Fachkräfte.

Mit dem Ziel, auf der Sekundarstufe II einen Beitrag zur Reduktion des Fachkräftemangels für Berufe im Informatikbereich zu leisten und junge Erwachsene zur Aufnahme eines Studiums an einer Fachhochschule zu qualifizieren, wird der Kanton Graubünden gemäss Auftrag des Grossen Rates und basierend auf dem 2019 revidierten Mittelschulgesetz, in naher Zukunft das Ausbildungsangebot um die Informatikmittelschule erweitern. Strukturell ähnlich aufgebaut wie die Handelsmittelschulen sollen es die Informatikmittelschulen leistungsstarken und schulbegeisterten Lernenden ermöglichen, auf dem schulischen Weg, welcher durch ein einjähriges Langzeitpraktikum ergänzt wird, einen Berufsabschluss mit dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis Informatikerin bzw. Informatiker und einer integrierten Berufsmaturität zu erlangen. Der Kanton Grabünden wird in naher Zukunft das Ausbildungsangebot im Mittelschulbereich um die Informatikmittelschule erweitern.

DER KANTON GRAUBÜNDEN WIRD IN NAHER ZUKUNFT DAS BILDUNGSANGEBOT IM MITTELSCHULBEREICH UM DIE INFORMATIKMITTELSCHULE ERWEITERN.

Welche Herausforderungen bestehen bei der Umsetzung der Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM) im Kanton Graubünden?

Die «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» (WEGM) im Kanton Graubünden bietet viele Chancen, stellt uns aber auch vor einige Herausforderungen. Grundsätzlich müssen wir bei der Umsetzung darauf achten, dass wir Bewährtes beibehalten und gleichzeitig Raum für Innovationen und Neuerungen schaffen. Es gilt aber auch, den unterschiedlichen Erwartungen und Bedürfnissen der grossen als auch kleineren Mittelschulen im Kanton Rechnung zu tragen. Die Herausforderung wird darin bestehen, die kantonale Perspektive mit

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)

einem nationalen Fokus in Einklang zu bringen. Zu den wichtigsten Neuerungen des WEGM gehören der Verzicht auf einen vorgegebenen Fächerkatalog im Wahlpflichtbereich (Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer) seitens des Bundes sowie die Stärkung der Wissenschaftspropädeutik und der Einbezug transversaler Themen und Kompetenzen. Dies wird ein Umdenken vom klassischen Fachdenken hin zur interdisziplinären und überfachlichen Zusammenarbeit erfordern. Schliesslich müssen wir bei der Umsetzung der WEGM trotz aller Neuerungen natürlich auch darauf achten, dass die Gesamtbelastung der Schülerinnen und Schüler den heutigen Rahmen nicht überschreitet.

Angesichts dieser neuen Möglichkeiten stellt sich die Frage, ob die dual organisierte berufliche Grundbildung in der Schweiz noch ein Erfolgsmodell ist.

Auf jeden Fall. Ich bin nach wie vor von den Stärken der dualen beruflichen Grundbildung überzeugt. Fast 80 Prozent der Jugendlichen, also die klare Mehrheit, entscheiden sich für diesen Weg. Die Ausbildung findet praktisch im Lehrbetrieb und theoretisch in der Berufsschule statt. So verfügen die jungen Erwachsenen nach dem Lehrabschluss sowohl über das nötige Fachwissen als auch über die praktischen Fertigkeiten. Gemäss Bildungsbericht 2023 gelingt die Integration der Absolventinnen und Absolventen in den Arbeitsmarkt vergleichsweise gut und ein Grossteil der Lernenden findet nach erfolgreichem Lehrabschluss eine Stelle. Davon profitiert auch die Wirtschaft.

«ICH BIN VON DEN STÄRKEN DER DUALEN BERUFLICHEN GRUNDBILDUNG ÜBERZEUGT. DIESE LEISTET EINEN WESENTLICHEN BEITRAG ZUR BEKÄMPFUNG DES FACHKRÄFTEMANGELS.»

Sie sprechen den Fachkräftemangel an. Gibt es Massnahmen, die greifen?

Zweifellos leistet die berufliche Grundbildung bereits heute einen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Dies beispielsweise durch die Optimierung des Übergangs von der obligatorischen Schule in die nachobligatorische Bildung sowie durch die Nach- und Höherqualifizierung von Erwachsenen. In der Berufsbildung sollen deshalb die Weiterbildung generell und die Berufsmaturität als Zugang zu den Fachhochschulen noch stärker gefördert werden.

Als eine von sieben Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials wurde per 1. Januar 2022 das Berufs-, Studien- und Laufbahnberatungsangebot «viamia» schweizweit eingeführt. «viamia» hat zum Ziel, durch eine regelmässige Standortbestimmung die berufliche und persönliche Situation von Personen über 40 Jahren zu analysieren und unter Berücksichtigung der sich verändernden Anforderungen des Arbeitsmarktes frühzeitig allfälligen Handlungsbedarf abzuleiten. Ziel ist es, die individuelle Arbeitsmarktfähigkeit dieser Personen langfristig zu erhalten. «viamia» wird auch im Kanton Graubünden angeboten und unterstützt. Es ist jedoch wichtig, die Reichweite von «viamia» zu vergrössern, damit möglichst viele Personen davon profitieren können.

Die Stärkung der beruflichen Grundbildung hängt von vielen Faktoren und Akteuren ab. Wo kann der Kanton Graubünden selber aktiv werden?

Die berufliche Grundbildung ist eine Verbundaufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt. Gemeinsam setzen sich die drei Verbundpartner für eine qualitativ hochstehende Berufsbildung ein. Der Bund ist für die strategische Steuerung und Entwicklung zuständig, die Kantone für die Umsetzung und Aufsicht. Die Organisationen der Arbeitswelt stellen Bildungsinhalte und Ausbildungsplätze zur Verfügung. Der Kanton Graubünden hat bereits verschiedene Massnahmen wie z.B. die Aufhebung der Kostenpflicht für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung umgesetzt und sucht laufend nach weiteren Optimierungsmöglichkeiten. So werden in den nächsten Jahren beispielsweise die Strukturen der Berufsfachschulen sowie Finanzierungsmodelle und -möglichkeiten im Bereich der Lehrbetriebe, der überbetrieblichen Kurse und der weiteren Massnahmen geprüft.

Kann man sagen, dass die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ein wichtiges Instrument zur Optimierung sein wird?

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft durchdringt alle Ebenen und damit auch die berufliche Grundbildung. Graubünden ist aufgrund seiner dezentralen Besiedlung von gewissen Herausforderungen stärker betroffen als andere Kantone. Diese stärkere Betroffenheit soll nicht zu Verunsicherung führen, sondern als Chance wahrgenommen werden. Gerade bei dezentraler Besiedlung werden hybride Unterrichtsformen, d.h. computergestütztes Lernen in Kombination mit klassischem Unterricht, immer wichtiger. Damit verbunden ist auch ein umfassender Wandel der Lehr- und Lernkultur für Lernende und Berufsbildungsverantwortliche. Der Kanton wird deshalb im Rahmen des Regierungsprogramms 2025–2028 neue Modelle des Berufsfachschulunterrichts prüfen und entsprechende Empfehlungen ableiten.

Die höhere Berufsbildung soll ein eigenes kantonales Gesetz erhalten. Was war der Anstoss für diesen Entscheid?

Es ist korrekt, dass die Vorbereitungs- und Abklärungsarbeiten im Gange sind, um der Höheren Berufsbildung eine eigene Gesetzgebung zu geben und damit den für den Kanton Graubünden wichtigen Weiterbildungsbereich gezielt auszubauen und zu fördern. Damit soll eine verstärkte Sichtbarkeit und Anerkennung der Höheren Berufsbildung bewirkt werden.

Diese Absicht ist das Resultat verschiedener Anstösse. Die Höhere Berufsbildung ist heute im Berufsbildungsgesetz abgebildet. Eine Entflechtung zwischen der beruflichen Grundbildung und der Höheren Berufsbildung passt organisatorisch sehr gut zu den vorhandenen kantonalen gesetzlichen Bestimmungen. Wie im schweizerischen Bildungssystem wird die Sek II Stufe analog mit dem Mittelschulgesetz und dem Berufsbildungsgesetz (zum Bereich berufliche Grundbildung) abgebildet und der Tertiärbereich wird ebenso mit einem Gesetz für den Bereich Hochschule und einem Gesetz für den Bereich der Höheren Berufsbildung abgebildet.

Mit der Schaffung des neuen Gesetzes soll zudem die Finanzierung der Höheren Berufsbildung durch den Kanton überprüft und wo notwendig an heutige Bedürfnisse und Rahmenbedingungen angepasst werden.

In diesem Zusammenhang ist auch die Teilrevision des kantonalen Hochschul- und Forschungsgesetzes zu erwähnen. Hat sich der Hochschul- und Forschungsplatz Graubünden so stark verändert, dass das Gesetz revidiert werden muss? Was sind die zentralen Punkte/Inhalte, die im Gesetz revidiert werden?

Ja, genau, im Hochschul- und Forschungsbereich ist enorm viel Bewegung. Es ist ein Sektor, der sich sehr schnell entwickelt – auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene. Das hat auch Auswirkungen auf Graubünden.

Konkret meine ich damit, die wachsende Konkurrenz unter den Hochschulen beispielsweise um die besten Talente in Lehre und Forschung und um die Einwerbung von Drittmitteln. Zudem wird besonders dieser Sektor von der raschen Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse geprägt.

Das Gesetz über Hochschulen und Forschung (GHF) ist heute für den Hochschul- und Forschungsplatz Graubünden ein unverzichtbarer Rahmenerlass. Er regelt den Hochschulbereich umfassend bezüglich Lehre, Forschung und Dienstleistung.

«MIT DER TEILREVISION DES GESETZES ÜBER DIE HOCHSCHULEN UND FORSCHUNG WERDEN DIE BILDUNGS- UND FORSCHUNGSINSTITUTION IN IHRER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT GESTÄRKT.»

Die Teilrevision GHF soll die Rahmenbedingungen für die Hochschulen und Forschungsstätten so anpassen, dass diese eine Stärkung in ihrer Wettbewerbsfähigkeit erlangen und sich so in ihrer Positionierung langfristig behaupten können. Dafür ist den kantonalen Hochschulen mehr Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum betreffend ihrem Portfolio (Angebote in Lehre, Forschung, Dienstleistung und Weiterbildung) zu übertragen. Agilität und Flexibilität sind in diesem Bereich zentral. Zudem soll der Wissens- und Technologietransfers WTT, welcher mit dem aktuellen Fachkräftemangel an Bedeutung gewonnen hat, stärker gefördert werden. Dies soll damit erreicht werden, indem der Austausch zwischen den Hochschulen, den Höheren Fachschulen und der Sek II intensiviert wird.

Welche Bedeutung haben Hochschulen und Forschungsstätten für den Kanton Graubünden angesichts der Tatsache, dass Graubünden geschichtlich gesehen kein Universitätsstandort ist?

Der Hochschul- und Forschungsplatz Graubünden ist auch ohne kantonale Universität ein national anerkannter Akteur im Hochschulbereich, der sich absolut nicht verstecken muss.

Im Gegenteil, im Kanton Graubünden haben wir eine Pädagogische Hochschule (PHGR), eine seit 2020 selbstständig anerkannte Fachhochschule (FHGR) sowie mit der Theologischen Hochschule Chur (TH Chur), ein akkreditiertes universitäres Institut. Zudem ist auch die Forschung mit verschiedenen international hoch angesehenen Forschungsinstitutionen im Kanton ansässig.
Gerade als Nicht-Universitätskanton ist es aber elementar, dass die Hochschulen und Forschungsstätten ein dichtes Netzwerk zu ausserkantonalen Hochschulen, Universitäten und zu den Eidgenössischen Technischen Hochschulen Zürich und Lausanne (ETHZ und ETHL)

Das Regierungsfoto 2024, aufgenommen auf dem Dreibündenstein.

haben. Die Bedeutung dieses Netzwerks ist gerade für den peripher gelegenen Kanton sehr wichtig.

Und hier knüpft die kantonale Hochschul- und Forschungspolitik der Regierung an, indem sie in ihrem Regierungsprogramm 2025–28 ein vielfältiges und bedarfsgerechtes Bildungs- und Forschungsangebot bereitstellen will. Im Tertiärbereich soll dies im Speziellen durch hochstehende Lehre und Forschung sowie durch Vernetzung und Positionierung erfolgen. Zudem sollen die in Graubünden ansässigen Forschungsinstitutionen sowie der Wissens- und Technologietransfer innerhalb der Tertiärbildung hin zur regionalen Wirtschaft gefördert und unterstützt werden.

Aufgrund der erwähnten raschen Entwicklungen in Wissenschaft, Technologie und Gesellschaft ist auch die bevorstehende Teilrevision GHF, die an der nächsten Junisession behandelt wird, zu erwähnen.

ZUR TITELSEITE
Wie bleiben wir gesund?
Gesund sein und bleiben – heute und in Zukunft. Zu den grössten Forschungsbereichen Graubündens gehört der Medizin- und Gesundheitsbereich. Ein Keyvisual entstanden im Rahmen der Kommunikationsoffensive Enavant zusammen mit der Marke graubünden. Graubünden will dabei nicht nur als beliebte Feriendestination wahrgenommen werden, sondern über interessante Forschungsfragen Aufmerksamkeit schaffen um den hochstehenden Standort für Forschung und Bildung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt(er) zu machen.

IMPRESSUM

Herausgeberin Somedia Press AG, Sommeraustrasse 32, Postfach 491, 7007 Chur, Verleger: Hanspeter Lebrument, CEO: Thomas Kundert
Redaktion Emilia Sommerau **Redaktionelle Mitarbeiter** Petra Wyss, Hans Peter Märchy, Barbara Beer, Onna Rageth, Livia Somerville, Melanie Tamborini, Ulrike Zika, Flurina Simeon, Germaine Hiltbrunner, Barbara Caderas, Daniela Heinen, Christian Ehrbar **Layout** Somedia Production AG Glarus/Chur **Bilder** Marco Hartmann, Mollie Chapman, Hans Lozza, Stelios Kazadzis, Bruno Augsburger, Carolina Cordeiro, SIAF, Christian Ehrbar, Sabina Studer, Romano Giovanoli, Prättigau/Davos Lab, ZvG **Inserate** Somedia Promotion AG, Chur **Druck** Somedia Partner AG, Haag
Diese Ausgabe erscheint in folgenden Publikationen Südostschweiz, Regionalausgabe Graubünden, Bündner Tagblatt, Südostschweiz Regionalausgabe Glarus, **Auflage** 30 970

Gekennzeichneter Download (ID=WsXuUSf05h1xI8_-ceHmHg)